



Dnipro, Ukraine 11. März 2022

Der **Ukrainekrieg** als Zeitenwende 2.0 und die Sicherheitsarchitektur Europas

Gibt es „Ordnung“ in der Welt? Phasenweise suggerieren auch labile Konstellationen eine Art von Frieden, bis die Situation kippt, so geschehen am 22. Februar 2022.

Von **August Pradetto**

Russland hat die souveräne Ukraine überfallen und ist weiterhin eine Gefahr für die Existenz der Ukraine. Deshalb war und ist es richtig, die Ukraine gegen diesen Angriff und seine Folgen politisch, ökonomisch und militärisch zu unterstützen, zumal Russland über mehr Ressourcen für die Fortführung des gewaltsamen Konflikts verfügt als die Ukraine. Gleichzeitig ist zu überlegen, bis zu welchem Punkt der Versuch sinnvoll ist, besetzte Gebiete zurückzuerobern. Sowohl unter praktischen wie unter ethischen Gesichtspunkten ist eine Abwägung zu treffen, ab wann die menschlichen und materiellen Verluste den Versuch einer vollständigen Wiederherstellung der Souveränität nicht mehr rechtfertigen.¹

Die russischen Okkupanten stecken schon seit Sommer letzten Jahres im Donbass fest. Gleichzeitig geht die US-Administration offenbar davon aus, dass vor allem die Krim und einige weitere

von Russland okkupierte und illegal in die Russische Föderation inkorporierte Areale entweder nicht oder nur zu inakzeptablen Kosten zurückerobert werden können.² Nicht nur die russische Armee erleidet hohe Verluste, sondern auch die ukrainische. Es stellt sich die Frage nach den Reserven, die noch zur Verfügung stehen.

Zu den Kosten zählen für Washington freilich nicht nur Menschenleben und Zerstörung, sondern auch die Gefahr der Eskalation und das Risiko, dass die USA noch stärker in den Krieg hineingezogen werden. Damit einher geht die Befürchtung der Regierung, dies könne sich negativ auf den Kampf um die Präsidentschaft 2024 niederschlagen.³ Diesen Überlegungen war

¹ Vgl. Johannes Varwick: Der Westen muss seine Ukrainepolitik korrigieren. FAZ, aktualisiert am 16.05.2023 (<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukrainekrieg-ein-waffenstillstand-sollte-das-ziel-des-westens-sein-18895832.html>) (Aufruf 12.8.2023)

² US-Außenminister schließt Verhandlungen über künftige Grenzen der Ukraine nicht aus. Der Spiegel, 24.3.2023 (<https://www.spiegel.de/ausland/news-zum-russland-ukraine-krieg-das-geschah-in-der-nacht-zu-freitag-24-maerz-a-cd69e9d0-1880-40da-bd39-6f51e402caf>) (Aufruf 12.8.2023)

³ Nur die halben USA stehen zur Ukraine. Der Standard, 22.2.2023 (<https://www.derstandard.at/story/2000143828221/mur-die-halben-usa-stehen-zur-ukraine>) (Aufruf 12.8.2023)

auch die Absage an irgendeine Art von Zeitplan in Bezug auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine auf dem Gipfel der Allianz in Vilnius Anfang Juli 2023 geschuldet, trotz massiven Drucks von Seiten Kiews und einiger osteuropäischer NATO-Mitglieder.⁴

Die USA, die EU, die wichtigsten Verbündeten sowie Schweden und Japan haben bis einschließlich Mai 2023 70 Mrd. Euro nur an Militärhilfe an die Ukraine geleistet. Insgesamt unterstützen die genannten Länder die Ukraine mit fast 160 Mrd. Euro.⁵ Trotz dieser enormen Investitionen hat sich seit dem Herbst 2022 keine wesentliche Verschiebung der Kriegssituation ergeben. Zumindest derjenige Teil der Republikaner, welcher hinter dem mutmaßlichen Kandidaten Donald Trump steht, macht diese Kosten zum Wahlkampfthema.⁶

Moskaus Krieg gegen die Ukraine und die Optionen des Westens

Wie die Washington Post Ende Juni 2023 berichtete, war der Direktor der CIA, William Burns, kurz zuvor in Kiew gewesen.⁷ Laut Washington Post wurde vereinbart, dass die USA die Ukraine verstärkt bei der Rückeroberung russisch besetzter Gebiete unterstützen. U.a. die Lieferung umstrittener, von Kiew lange geforderter Streumunition, ist Ausdruck dieser Strategie.

Die Rückeroberungen sollen Moskau zwingen, an den Verhandlungstisch zu kommen. Quasi im Austausch für die Zusage Kiews, die Krim nicht mehr militärisch anzugreifen, soll Moskau Sicherheitsgarantien westlicher Länder für die Ukraine westlich einer Waffenstillstandslinie akzeptieren.⁸ Im Grunde bedeutet das den Versuch, den Konflikt aus einer militärisch und territorial besseren Position als bisher einzufrieren.

Ob der von Burns in Kiew vorgestellte Plan der Biden-Administration aufgeht, ist fraglich. Der Einsatz von Streumunition wie auch von weiterreichenden Marschflugkörpern, die das ukrainische Militär immer dringlicher fordern, um Ziele auch weit hinter der Frontlinie treffen zu können, birgt die Gefahr einer weiteren Eskalation beim Mitteleinsatz in diesem Krieg.

Vor dem Krieg war das Vorantreiben der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine eine Frage der Rivalität um Einflussphären in Eurasien,⁹ die ohne großes Risiko schien. Die maßgeblichen Entscheider waren trotz aller russischen Vorbehalte und Drohungen nicht davon ausgegangen, Putin würde die Ukraine tatsächlich angreifen.

Mit dem Krieg hat sich der Charakter der Auseinandersetzung geändert, und der Ukraine-Konflikt droht zu einer Dauerbelastung erheblichen Ausmaßes für die USA zu werden. Er ist zu einem Störfaktor für die aus der Sicht Washingtons viel grundlegendere Frontstellung gegenüber China geworden. Zwar kreierte der Krieg für die USA den Vorteil der Konsolidierung des strategischen Vorfelds in Europa westlich der Ukraine. Washington steigert seinen Einfluss in Europa nicht nur militärisch, sondern auch politisch und ökonomisch. Auch hilft der Ukraine-Krieg den

USA, ihre Positionen im asiatischen Raum auszubauen.¹⁰

Gleichzeitig schränkt der Krieg jedoch Spielräume ein, weil er ein Commitment bedingt, das außen – wie innenpolitisch die unterschiedlichsten Anstrengungen und Investitionen verlangt. Und er schränkt die Handlungsspielräume gegenüber China ein, weil China und andere autokratische Regime, aber auch andere Akteure im Globalen Süden, sich an der Seite Russlands gegen den Westen oder jedenfalls in Distanz zum Westen positionieren.

Je schärfer die Konfrontation zwischen dem Westen und Russland, desto enger wird die Zusammenarbeit zwischen Peking und Moskau, auch militärisch.¹¹ Die westlichen Strafmaßnahmen haben Russland zu einer Umorientierung seiner wirtschaftlichen und politischen Außenbeziehungen veranlasst. Die Sanktionen haben umgekehrt China neue Möglichkeiten in Russland, dem größten und ressourcenreichsten Land der Welt, eröffnet. Mit Blick auf die strategische Hauptkonfliktlinie gegenüber Peking ist das aus Washingtoner Sicht keine positive Entwicklung. Freilich ist zu berücksichtigen, dass in der Vergangenheit die Beziehung zwischen Peking und Moskau schon oft den Charakter einer Zweckhe aufgewiesen hat und historisch stark belastet ist. In diversen Ukraine-Fragen ist die chinesische Führung keineswegs mit Moskau einig, etwa in der Anerkennung der Krim als Teil Russlands.

Die Option einer unmittelbaren Beteiligung westlicher Streitkräfte gegen die russische Okkupation im Osten der Ukraine, die dem Krieg eine entscheidende Wende geben könnte, schließen praktisch alle verantwortlichen Politiker in EU und NATO aus.

Westliche Entspannungspolitik und „strukturelle Angriffsunfähigkeit“ der russischen Streitkräfte

So sehr sich Kiew, Washington und andere westliche Mächte mit Putin verkalkuliert haben, so sehr hat sich Putin mit der Ukraine und der westlichen Unterstützung für sie verkalkuliert. Andert-halb Jahre Krieg sind anderthalb Jahre Entzauberung des russischen Militärs und Entzauberung des in der Selbstwahrnehmung und Außendarstellung kaltblütigen, rationalen Akteurs Putin.¹²

So stark die Ukraine durch den russischen Angriffskrieg gefährdet ist, so wenig ist es der Westen, solange eine nukleare Eskalation vermieden wird. Der bisherige Kriegsverlauf hat nicht nur deutlich gemacht, dass Russland sich in einem östlichen und südöstlichen Streifen der Ukraine festgesetzt hat und vermutlich nicht vollständig zurückgedrängt werden kann. Er hat auch eine Schwäche des russischen Militärs offenkundig gemacht, die vorher nicht für möglich gehalten worden war.

In anderthalb Jahren sind die russischen Streitkräfte im Vergleich zu 2014 an der mehr als 1.000 km langen Frontlinie nicht weiter vorangekommen als durchschnittlich etwa 50 km. Für die Ukraine ist der Verlust erheblich. Für Russland sind die Landgewinne nachgerade irrelevant, sowohl unter dem Aspekt der Vergrößerung des strategischen Vorfelds gegenüber der NATO als auch politisch-demographisch im Sinne einer russländischen „Wiedervereinigung“. Zwar ist der Donbass ein traditionell starkes Industriegebiet. Sollte das Gebiet gehalten werden, dürfte es indes auch ökonomisch keinen Gewinn darstellen, sondern aufgrund der Zerstörungen und der Frontstellung eine Dauerbelastung bleiben.

4 „Biden: Vilnius noch nicht reif für NATO-Beitritt“. ZDF, 8.7.2023 (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/biden-nato-beitritt-zu-frueh-ukraine-krieg-russland-100.html>) (Aufruf 12.8.2023)

5 Ukraine-Krieg: Militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung ausgewählter Länder¹ für die Ukraine (bis 31. Mai 2023): <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1303434/umfrage/bilaterale-unterstuetzung-fuer-die-ukraine-im-ukraine-krieg/> (Aufruf 21.7.2023) (Aufruf 12.8.2023)

6 „Binnen 24 Stunden beende ich den Krieg in der Ukraine“. WELT, 11.5.2023 (<https://www.welt.de/politik/ausland/article245277494/Donald-Trump-Binnen-24-Stunden-beende-ich-den-Krieg-in-der-Ukraine.html>) (Aufruf 12.8.2023)

7 CIA director, on secret trip to Ukraine, hears plan for war's endgame. Washington Post, 30.6.2023 (<https://www.washingtonpost.com/national-security/2023/06/30/cia-director-burns-ukraine-counteroffensive/>) (Aufruf 12.8.2023)

8 Ebd.

9 Vgl. Hal Brands: The Battle for Eurasia. China, Russia, and their autocratic friends are leading another epic clash over the world's largest landmass. Foreign Policy, 4.6.2023 (<https://foreignpolicy.com/2023/06/04/russia-china-us-geopolitics-eurasia-strategy/>) (Aufruf 12.8.2023). Vgl. auch Josef Braml: Amerikas Unterstützung für die Ukraine schwindet. Der USA-Experte, 19.8.2023 (<https://usaexperte.com/2023/08/19/amerikas-unterstuetzung-fuer-ukraine-schwindet/#more-7401>)

10 Derek Grossman: Why China Should Worry About Asia's Reaction to AUKUS. The Rand Blog, 15.4.2023 (<https://www.rand.org/blog/2023/04/why-china-should-worry-about-asias-reaction-to-aukus.html>) (Aufruf 12.8.2023)

11 Natasha Bertrand: US intel report details increasing importance of Chinese technology to Russia's war in Ukraine. CNN, 27.7.2023 (<https://edition.cnn.com/2023/07/27/politics/us-intelligence-report-russia-china-ukraine/index.html>) (Aufruf 12.8.2023)

12 Amy Knight: Putin's Folly. The New York Book Review, 6.4.2023 (<https://www.nybooks.com/articles/2023/04/06/putins-folly-invasion-luke-harding/>) (Aufruf 12.8.2023)

Die Landbeute ist umso lächerlicher, wenn man sie mit den ursprünglichen Absichten vergleicht, die der Überfall am 24. Februar 2022 verwirklichen sollte: eine Okkupation Kiews, eine „Entnazifizierung“ und ein Regimechange, die Einrichtung eines russlandfreundlichen Vasallenstaates und die Inkorporierung eines in welcher Form auch immer zu Russland gehörigen Novorossiya im Südosten.¹³ Und selbst diese geringen Gebietsgewinne sind zu einem Großteil nur zustande gekommen, weil Zehntausende Söldner der Wagner-Gruppe die Invasion trugen. Für solche Offensivaktionen waren die russischen Streitkräfte offenkundig nicht vorbereitet, und sie waren dazu nicht in der Lage.

Daraus kann eine Schlussfolgerung in Bezug auf die westliche Russlandpolitik der vergangenen Jahrzehnte gezogen werden. Die Politik des „Wandels durch Annäherung“, die von einer Intensivierung des Handels bis zu einer vielfältigen Kooperation im Wissenschaftsbereich reichte, war offenbar keineswegs so falsch wie jetzt in einem Großteil des Diskurses über die Fehler des Westens in der Russlandpolitik suggeriert. Die russischen Streitkräfte sind nach dem Ende des Kalten Krieges nicht auf großangelegte Operationen – wie 2022 zur Eroberung der Ukraine angeordnet – oder gar für einen Krieg gegen den Westen vorbereitet worden.

Infolge des Rückgangs traditioneller Bedrohungen im Zuge der Entspannungspolitik seit den 1970er Jahren und der Auflösung des Ost-West-Konflikts in den Jahrzehnten seit 1990 haben sowohl die Armeen west- und mitteleuropäischer Staaten als auch Russlands die Fähigkeit für einen Landkrieg in Europa weitgehend verloren. Die Politik der Kooperation mit Moskau, der verstärkte Ausbau der Handelsbeziehungen und die Verflechtung der europäischen und der russischen Wirtschaft sowie damit die Verstärkung der wechselseitigen Abhängigkeit hatten offenkundig eine positive Wirkung auf das Denken über militärische Sicherheit auf beiden Seiten. Man könnte sogar von einem Erfolg jenes friedenspolitischen Ansatzes sprechen, der qua Entspannung, Kooperation, Vertrauensbildung und Institutionalisierung von Rüstungskontrolle zu „struktureller Angriffsunfähigkeit“ führen sollte.¹⁴

Die USA bleiben jedenfalls vorerst die einzige Supermacht, die zu einer militärischen Machtprojektion und zu einer umfassenden Kriegführung außerhalb ihrer Grenzen fähig ist. Der russisch-georgische Fünf-Tage-Krieg 2008, die Einsätze in Syrien oder die Aktivitäten der Wagner-Gruppe in Afrika sind damit nicht vergleichbar.

Der Artikel Putins über die „Einheit“ des russischen und ukrainischen Volkes vom Juli 2021¹⁵ wie auch die an den Westen gerichteten Forderungen vom Dezember 202,¹⁶ zu den strategischen Gegebenheiten der 1990er Jahre zurückzukehren, spiegeln nicht nur den Revisionismus wider, dem sich die Führung im Kreml hingab. Sie machten auch die weltfremden Trugbilder deutlich, in die man sich verstiegen hatte, nicht zuletzt hinsichtlich der Ressourcen und Machtmittel, die zu ihrer Realisierung zur Verfügung stünden. Putins Ideen eines „Make russia great again“ waren sowohl von den realen Machtverhältnissen in Europa wie von den Realitäten im eigenen Land weit entfernt.

¹³ Vgl. Article by Vladimir Putin „On the Historical Unity of Russians and Ukrainians“. 12.7.2021 (<http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>) (Aufruf 12.8.2023)

¹⁴ Die Herstellung Struktureller Angriffsunfähigkeit bzw. Nichtangriffsfähigkeit war ein wesentlicher Topos und eine Forderung der Friedensforschung in den 1980er Jahren. Vgl. Dieter S. Lutz: *Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit. Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit*. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, Heft 22, November 1987 (https://ifsh.de/file-IFSH/IFSH/pdf/Publikationen/HB_022.pdf) (Aufruf 12.8.2023)

¹⁵ Article by Vladimir Putin „On the Historical Unity of Russians and Ukrainians“. 12.7.2021 (<http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>) (Aufruf 12.8.2023)

¹⁶ Ukraine-Konflikt. Vladimir Putin droht mit „militärisch-technischen“ Maßnahmen. Zeit online, 21.12.2021 (https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-12/russland-ukraine-wladimir-putin-usa-europa?utm_referrer=https://www.google.com/) (Aufruf 12.8.2023)

Die „russische Gefahr“: zutreffende Voraussetzungen für die „Zeitenwende“?

Die Konsequenz der Fehlannahmen im Kreml war, dass die Kriegsziele in der Ukraine schon im Ansatz scheiterten. Bereits im Frühsommer 2022 wurden die russischen Streitkräfte von ihren anfangs erzielten Geländegewinnen im Nordosten, Osten und Südosten der Ukraine erheblich zurückgedrängt. Seit dem Sommer 2022 haben sie praktisch keine Geländegewinne mehr erzielt. Sie haben Zehntausende Soldaten verloren, sie haben schwerste Verluste bezüglich des von ihnen eingesetzten Materials hinnehmen müssen, und sie sind nicht in der Lage gewesen, durch eine zusätzliche Mobilisierung von Ressourcen dem Krieg eine Wende zu geben.

Russland ist für die Ukraine eine massive Bedrohung. Kiew, Odessa, Charkiw und andere Städte und Regionen leiden unter Raketenbeschuss. Aber die russische Armee ist beim Versuch gescheitert, diese Städte einzunehmen. Real geworden im Sinne einer Okkupation (über die schon seit 2014 bestehenden Gebietsveränderungen hinausgehend) ist die russische Bedrohung nur für einen kleinen Teil des ukrainischen Staatsgebietes im Osten und Südosten.

Für den Westen und für die europäischen Länder der NATO ist die russische Bedrohung weitgehend eine Schimäre. Die Bedrohung besteht im wesentlichen darin, dass der Krieg über die ukrainischen Grenzen hinaus eskaliert, weil den Kriegsparteien im Osten der Ukraine die Soldaten oder die Munition ausgehen, um ihren Stellungskrieg fortzusetzen und daher auf noch zerstörerische Waffen und Kriegführungspraktiken zurückgreifen, oder weil sich der Westen aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse zu einem unmittelbaren Eingreifen gezwungen sehen könnte. Aber die Beschwörung einer russischen Bedrohung im Sinne eines Angriffskriegs gegen den Westen ist ein Popanz, weil der russischen Führung dazu nicht einmal in der Ukraine die Mittel reichen.

Was nicht heißt, dass man sich nicht auf Provokationen gefasst machen und entsprechende Vorbereitungen treffen müsste. Deswegen ist es eine richtige Entscheidung, 4.000 Soldaten der Bundeswehr nach Litauen zu verlegen.¹⁷ Dies ist eine triftige Vorsichts- und Abschreckungsmaßnahme. Die Begründung einer umfassenden, auf Dauer angelegten NATO-Aufrüstung mit der Gefahr eines russischen Angriffskriegs gegen Europa ist manipulative Desinformation. Oder angstbesetztes Nachbeten antiwestlicher Vernichtungsphantasien extremer russischer Nationalisten.

Mit dem Krieg hat Moskau auch noch die Reputation als starke Militärmacht verloren.¹⁸ Was Moskau bleibt, sind sein nukleares Drohpotenzial und der Terror. Beidem kann nicht in erster Linie durch konventionelle Aufrüstung im Westen begegnet werden. Das aber ist materiell und militärisch der wesentliche Inhalt der Zeitenwende.

Mehr Rüstung, mehr Sicherheit?

Schon bisher hat die NATO Jahr für Jahr durchschnittlich das Dreieinhalbfache dessen ausgegeben, was Russland und China zusammen für ihr Militär aufwendeten. Laut dem Stockholmer Institut für Friedensforschung SIPRI gab Russland im Jahre 2022 86 Mrd. aus, China 292 Mrd.. Die Mitglieder der NATO wendeten 2022 zusammen 1,26 Billionen Dollar für Verteidigung auf.

¹⁷ Deutschland will 4000 Soldaten dauerhaft in Litauen stationieren. FAZ, 26.6.2023 (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-will-4000-soldaten-dauerhaft-an-nato-ostflanke-stationieren-18990556.html>) (Aufruf 12.8.2023)

¹⁸ Vgl. z.B. Miodrag Soric: *Russia's army: An overestimated power*. Deutsche Welle, 29.9.2022 (<https://www.dw.com/en/russias-army-an-overestimated-power-in-the-war-against-ukraine/a-63264441>) (Aufruf 12.8.2023)



Euronews

Wolodymyr Selesnyj mit seinem Wunschobjekt F-16

Gegenüber 2021 bedeutete das einen Zuwachs von 7,8 Prozent.¹⁹ Mit den Beschlüssen der Allianz im Gefolge des Ukraine-Kriegs wird dieser Etat in Zukunft noch erheblich steigen und damit auch das Sicherheitsdilemma zunehmen: Andere Akteure wähen sich bedroht und versuchen aufzuholen oder zu kompensieren. Dies wiederum wird im Westen als zunehmende Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen und dient der Rechtfertigung vermehrter eigener Rüstungsanstrengungen. Im Ergebnis bewirkt dieser Prozess nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für alle.²⁰

Nicht zuletzt diese Entwicklungen sind es, die eine Zunahme der Bedrohungswahrnehmungen in vielen Teilen der Welt bewirken, und warum trotz der hohen Ausgaben von global mittlerweile 2.240 Mrd. Dollar für Rüstung jährlich kein Zuwachs an Sicherheit in den internationalen Beziehungen erzielt wird. Tatsächlich hatte nach dem Ende des Kalten Krieges und nach dem Ende der Sowjetunion kein europäischer Staat äußere Feinde, die seine Sicherheit bedrohten. Dass jetzt im Westen wie in Russland argumentiert wird, man sei naiv bezüglich der aggressiven Absichten der anderen Seite gewesen, habe nicht genug in Militär und Rüstung investiert und hätte schon längst viel pro-aktiver auf das Vorgehen des Gegners reagieren müssen, ist eine nachgerade groteske Schlussfolgerung.

Zeitenwende 2.0: der nächste große Fehlschlag?

Die Zeitenwende und der damit verbundene Schub in der Aufrüstung sowie die damit verbundene Abgrenzungs- und Eindämmungspolitik gehen vor allem aus zwei Gründen in die falsche Richtung. Erstens verschärfen sie das Sicherheitsdilemma und die bestehenden Spannungen. Rüstungskontrolle wird noch mehr als bisher schon konterkariert.

Zweitens lenken sie ab und führen weg von den eigentlichen regionalen und globalen Aufgaben, die mehr denn je einer Zusammenarbeit zwischen den maßgeblichen Akteuren bedürfen:

der exzessive und destruktive Ressourcenverbrauch, der Klimawandel, die Armut in größeren Teilen des Globalen Südens, die damit verbundenen Konflikte und Migrationsprozesse.

Es gab bereits eine Zeitenwende nach dem Ende von Kommunismus und Bipolarität. Sie wurde in Reaktion auf die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 („9/11“) ausgerufen. Der Westen läutete eine globale Zeitenwende ein, die nicht zuletzt militärisch gedacht war.

Anstatt bei einer eher defensiven Strategie der Verteidigung des Bündnisgebiets zu bleiben, orientierten die NATO-Staaten auf multiple Interventions- und Kriegführungsfähigkeit in weit entfernten Ländern und Regionen, teilweise mit der Perspektive jahrzehntelangen Engagements zur Stabilisierung und zur Transformation dem Westen nicht genehmer Gesellschaftssysteme und Staaten. Kennzeichen dieser Entwicklung waren eine Militarisierung des Denkens, eine Abgrenzung zu ganzen Regionen, eine Dämonisierung des Gegners (Anfang der 2000er Jahre des Islams und von Muslimen), eine Verschärfung der Identitätskonflikte und eine Entfremdung zwischen dem Wir und den Anderen.

Mit der Zeitenwende 2.0 droht der Westen sich weiteren Teilen der Welt zu entfremden und zu weiteren Polarisierungen beizutragen. Mittlerweile suchen immer mehr Länder die Kooperation in nicht-westlichen Zusammenschlüssen und Foren wie z.B. BRICS (Gruppe führender Schwellenländer: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika). Die Liste der Antragsteller auf Mitgliedschaft umfasst mittlerweile 19 Länder, darunter Argentinien, Algerien, Iran, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Ägypten und Indonesien.²¹ In Asien unterstützen ganze drei Länder die westliche Sanktionspolitik gegen Russland: Singapur, Japan und Südkorea. Südafrika, Brasilien und Indonesien als Schlüsselländer in ihren jeweiligen Regionen sind auf Distanz zu einer westlichen Politik, die sie als Fortsetzung arroganter Dominanzambitionen bewerten.²²

²¹ Claudio Kummerfeld: Gegengewicht zu westlich dominierten Organisationen. BRICS immer stärker – 19 Länder wollen beitreten. FinanzmarktWelt, 25.4.2023 (<https://finanzmarktWelt.de/brics-19-laender-wollen-beitreten-268634/>) (Aufruf 12.8.2023)

²² Herbert Wulf: Kampfansage an den Westen. IPG, 12.6.2023 (<https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/kampfansage-an-den-westen-6766/>) (Aufruf 12.8.2023)

¹⁹ SIPRI Yearbook 2023. Stockholm, June 2023.

²⁰ Vgl. z.B. Ken Booth/Nicholas J. Wheeler, *The Security Dilemma. Fear, Cooperation and Trust in World Politics*, New York 2007

Auch die neue „Zeitenwende“ signalisiert einen „epochalen Wandel“, eine „grundlegende Neubewertung der deutschen und europäischen Sicherheits – und Verteidigungspolitik“. Militärisch geht es um eine Modernisierung der Streitkräfte und tendenziell auch um eine Überwindung struktureller Angriffsunfähigkeit. Die bestehenden NATO-Strukturen werden gestärkt, eine vertiefte Zusammenarbeit in der Verteidigung in Angriff genommen. Dazu gehören die Schaffung neuer gemeinsamer Militäreinheiten und die intensivierte Kooperation von EU und NATO.

EU und die sicherheitspolitische Integration Europas: eine lange Geschichte des Scheiterns

Schon bisher war die europäische Verteidigung kaum von den transatlantischen Strukturen zu trennen; die maßgeblichen EU-Staaten sind allesamt NATO-Mitglieder. Deutlich wird das auch in den Beschlüssen der EU, die Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIP anzuheben. Die beiden bislang neutralen EU-Mitglieder Finnland und Schweden haben einen Antrag auf Beitritt zur NATO gestellt. Finnland ist in einem abgekürzten Verfahren aufgenommen worden und seit Anfang April 2023 das 31. Mitglied der NATO. Mit dieser Veränderung wird die Verteidigungspolitik der EU bzw. der EU-Mitglieder noch stärker NATOisiert als dies bisher schon der Fall gewesen ist.²³

Europa ist nicht nur der Hauptträger, sondern auch der Hauptleidtragende der Entkoppelung von Russland. Der neue Graben, durch Europa gezogen, hat angesichts des Gewichts Russlands nicht nur ökonomische und politische, sondern auch sicherheitspolitische und strategische Konsequenzen. Die Bereitschaft der Europäer, sich den USA unterzuordnen, wächst in dem Maße, wie die EU als Hauptgefahr für ihre Sicherheit Russland definiert und gleichzeitig ihre Beziehungen zu anderen Teilen der Welt moralisch auflädt. Die ökonomische, politische und militärische Bindung der EU an die USA ist in den letzten anderthalb Jahren erheblich stärker geworden. Das Ziel einer strategischen Autonomie Europas, eines Europas, das bestrebt und in der Lage ist, für seine eigene Sicherheit zu sorgen und seine Angelegenheiten selbst zu managen, rückt in immer weitere Ferne.

Zwar könnte ein Sieg der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024 wieder einen Wandel in der Sicherheitspolitik der USA bringen, der die Europäer zwingt, wieder mehr in Richtung Autonomie zu denken.²⁴ Das wird allerdings umso schwieriger, je abhängiger die EU aufgrund aktueller Entscheidungen von den USA und der NATO wird und je konfrontativer sich die Beziehungen der EU zu nichtwestlichen außereuropäischen Akteuren gestalten.

Eigentlich wäre die EU prädestiniert, eine deeskalierende Funktion in den internationalen Beziehungen zu spielen, weil der Staatenbund, den sie darstellt, weniger dominanzgetrieben ist, als es die Großmächte sind. Aber diesbezüglich hat die EU und haben ihre Mitglieder nach der wirklichen Zeitenwende 1989/91, nach dem Ende von Bipolarität und Sowjetunion, in der Frage der Schaffung einer in Europa selbst verankerten und von allen den Ländern des Kontinents getragenen Sicherheitsordnung bisher versagt. Vor allem die egozentrierte Interessenpolitik einzelner Mitgliedstaaten und Lobbies standen dem im Wege.

Die Unfähigkeit, eine europäische Sicherheitsarchitektur zu etablieren, zieht sich durch die Geschichte der vergangenen drei

Jahrzehnte. Man kann von einer selbst verursachten und selbst vorangetriebenen Entsoveränisierung der Europas und der EU als sicherheitspolitischer Akteur sprechen.

De facto wurden die USA seit G.W. Bushs „Big Bang“-Strategie 2002, die die Aufnahme praktisch aller mittel – und osteuropäischen Länder in die Allianz zum Programm erhob²⁵ und der sich die meisten europäischen Länder anschlossen, wieder zum entscheidenden Akteur in der Gestaltung europäischer Sicherheit. An der Spitze der Europäischen Union standen gerade in außen – und sicherheitspolitischen Funktionen oftmals Politiker, die stärker NATO – als EU-orientiert dachten und Politik machten. Statt eine strategische Autonomie Europas voranzubringen, unterstützten und forderten sie die fortdauernde Dominanz der USA in Europa. Und auf der anderen Seite radikalisierte sich die Führung im Kreml in der Wahrnehmung westlicher Politik als antirussisches Projekt.

Wäre es anders gelaufen, gäbe es sicher keine Garantie, dass der Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht stattgefunden hätte. Für diesen Krieg sind vorrangig die innenpolitischen Entwicklungen in Russland (und damit verbundene Vorstellungen von russischer nationaler Identität und strategischer Stabilität) und in der Ukraine (und damit verbundene Vorstellungen von ukrainischer nationaler Identität und „nationaler Sicherheit“) ursächlich. Aber eine stärker europäisierte, weniger von Großmachtrivalität und von der Verschiebung militärischer Machtpotentiale geprägte Sicherheitsordnung hätte weniger externes Konfliktpotenzial – mit Rückwirkungen auf die endogenen Prozesse in der Ukraine und Russland – aufgebaut. Die Beibehaltung eines neutralen Status der Ukraine wie bis 2014 wäre diesbezüglich ein Schlüsselfaktor gewesen.²⁶

2014 eskalierte der interne und externe Kampf um die Ukraine. Damit wurde das Projekt eines „gemeinsamen Hauses Europa“ ein weiteres Stück begraben. Die Protagonisten einer Sicherheitsordnung, die den ganzen Kontinent umfasst, waren zu schwach und zu desorganisiert, um dem Verfall etwas entgegenzusetzen. Dem gegenüber wurden Nationalismen, geopolitische Ideologien, Rechthaberei und Kompromissunfähigkeit immer stärker – jene Ingredienzien internationaler Politik, die in Europa insbesondere seit dem 19. Jahrhundert immer wieder zu Krieg und Zerstörung führen.

Soll sich daran in Zukunft etwas ändern, müsste sich nicht nur Russland neu erfinden, sondern sicherheitspolitisch auch die Europäische Union. 

August Pradetto, Emeritierter Professor für Politikwissenschaft, insbesondere auswärtige und Internationale Politik osteuropäischer Staaten, und langjähriger Direktor des Instituts für Internationale Politik an der Helmut Schmidt Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg.

E-Mail: pradetto@online.de

²³ *International – NATOisierung Europas*, Prof. Heinz Gärtner [242], Juli 2023 (<https://www.youtube.com/watch?v=NyPmaL3DM7w>) (Aufruf 12.8.2023)

²⁴ „Der republikanische Berater Elbridge Colby verlangt von den Europäern, die Last des Ukraine-Krieges allein zu tragen. Die USA bräuchten alle Ressourcen, um sich auf einen Krieg mit China vorzubereiten.“ US-Strategie über den Konflikt der Großmächte: „Xi ist viel gefährlicher als Putin“. *Der Spiegel*, 10.8.2023 (<https://www.spiegel.de/ausland/china-und-russland-xi-ist-viel-gefaehrlicher-als-putin-a-59560e0c-983f-4632-9044-f4aw964768cd>)

²⁵ Andreas Ernst, Christian Kleeb: In zwanzig Jahren vierzehn Länder: wie die Nato seit 1999 nach Osten expandierte. *NZZ*, 15.2.2022 (<https://www.nzz.ch/international/ukraine-krise-wie-die-nato-ab-1999-nach-osten-expandierte-ld.1668682?reduced=true>) (Aufruf 12.8.2023)

²⁶ Vg. August Pradetto: Realismus vs. Krieg: Neutralität als Chance. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2022 (<https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/maerz/realismus-vs-krieg-neutralitaet-als-chance>)